

„Unverantwortlich, sehenden Auges in die Pleite zu rennen“

Obernkirchen. Der Ton wird rauher in der Politik der Bergstadt: In einer Presseerklärung greift Martin Schulze-Elvert jetzt in Sachen „SV 45 Krainhagen“ die SPD an.

SPD-Ratsherr Herbert Röhrkasten, zugleich Ortsbürgermeister in Krainhagen, hatte mit einer Presseerklärung auf die mehrheitliche Weigerung der Gruppe „Mitte“ reagiert, das Thema „SV 45“ in der vorigen Ratssitzung zu behandeln und der „Mitte“ vorgeworfen, dadurch rund 168 000 Euro „in den Sand zu setzen“.

Schulze-Elvert, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU, wirft nun der SPD „Schattenboxen“ vor, „um von der Tatsache abzulenken, dass die SPD die komplizierte Situation selbst nicht mehr durchschaut. Das sollte sie aber, wenn sie die Lasten auf die Stadt verlagern will.“

Ein Engagement der Stadt, in welcher Form auch immer, sei vergleichbar mit einer Bürgschaft, erklärt Schulze-Elvert: „Den Bürgern müssen wir nicht erklären, dass Bürgschaften fällig werden können. Es geht um mindestens 325 000 Euro, dazu noch Mobiliar- und Einrichtungsschulden in Höhe von mehr als 100 000 Euro gegenüber Firmen, die teilweise sogar strittig sind und nebulös in das Verpachtssystem geschoben wurden. Wer unsere Zustimmung will, muss die Zahlen offen legen. Das wurde bisher versäumt. Wir haben die Verluste der Stadt auf 75 000 Euro begrenzt, ein Erbe aus der Zeit, als die SPD das Sagen hatte.“

Ob eine Bürgschaft fällig werde, hänge von einem guten Konzept und von einer guten Führung der Anlage ab. Die Gruppe „Mitte“ sei nicht verantwortlich für die entstandene Situation, betont Schulze-Elvert, sie würde aber von den Bürgern zurecht verantwortlich gemacht, wenn das Projekt wieder schief gehe.

Alle Konzepte (Schulze-Elvert: „Es gibt aber nach unserem Kenntnisstand keines oder es wurde uns vorenthalten“) müssten selbst nach Aussage der SPD schlüssig oder überzeugend sein, erklärt der CDU-Politiker weiter. Schlüssig sei ein Konzept nur dann, wenn die Betreiber oder eine Betreibergruppe nachweisen könnten, dass die aufgelaufenen Schulden zurückgezahlt werden können: „Der Beweis, dass das möglich ist, ist von keiner Seite angetreten worden.“

Nach den vorliegenden Zahlen, bilanziert Schulze-Elvert, „ist es sehr wahrscheinlich, dass durch die Überschuldung eine geregelte Rückzahlung nicht möglich ist, selbst dann nicht, wenn die 61 000 Euro des Landkreises die Schulden reduzieren. Es wäre also unverantwortlich, sehenden Auges in die nächste Pleite zu rennen.“

Schulze-Elvert gibt am Schluss der Presseerklärung den Ball zurück zur SPD: „Wenn die SPD volksnah und sozial ist, wie sie gerne gesehen werden möchte, dann würden wir ein Engagement etwa durch persönliche Bürgschaften oder durch die Suche nach Sponsoren sehr begrüßen.“ Die Wahrheit sei aber doch, dass die SPD gern Geld ausbebe, zum vermeintlichen Wohle der Bürger, und danach nur auf den Gedanken komme, die Gewerbesteuer zu erhöhen.

Auch hätte es die CDU begrüßt, wenn in einem Konzept die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichtet hätten. Dies habe man leider, so Schulze-Elvert, aber nicht erreicht.